FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 2 / Juni 2018
17. Jahrgang

Aktionspräsenz: Bomben – 20 Wochen: Hier die *„Bonn goes Büchel"*. Ein großer kirchlicher Aktionstag ist für den 7. Juli geplant. Ihm schließen sich die Internationalen Aktionstage an. Die Pressehütte ist mit dem Internationalen Workcamp beteiligt, das sich um die Friedenswiese kümmert. Die Fastenkampagne beginnt am 28. Juli. In Mutlangen macht Matthias Engelke mit seinem Fastenzelt am 30. Juli Station. Abschluss ist der 9. August in Büchel.
Termine + Aktuelles: www.buechel-atombombenfrei.de und fastenkampagne.global-zero-now.de

Bundesverfassungsgericht beschäftigt sich nicht mit den Atomwaffen in Büchel

Das Bundesverfassungsgericht hat eine Verfassungsbeschwerde von Elke Koller nicht zur Entscheidung angenommen. Bernd Hahnfeld kritisiert die Entscheidung vom 25.3.18:

Die Klage hätte angenommen werden müssen, weil ihr grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedeutung zukommt, denn zu prüfen war die Frage, ob sich eine Anwohnerin eines Atomwaffenstandortes unmittelbar auf Art. 25 Abs. 2 GG und die allgemeinen Regeln des Völkerrechts berufen kann.

Verwaltungsgerichte haben Elke Koller abgewiesen

Elke Koller hat in einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren durch zwei Instanzen vergeblich versucht, die Bundesrepublik Deutschland zu verpflichten, auf den Abzug der in Büchel stationierten US-amerikanischen Atomwaffen und die Beendigung der Nuklearen Teilhabe hinzuwirken, nachdem das Verteidigungsministerium das 2009 abgelehnt hatte.

Das Verwaltungsgericht Köln wies die Klage 2011 als unzulässig ab. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat die Zulassung der Berufung 2013 abgelehnt. Dagegen hat sie Verfassungsbeschwerde eingelegt. Sie rügt die Verletzung ihrer Grundrechte auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und auf Eigentum sowie die Verletzung völkerrechtlicher Schutzpflichten Deutschlands.Die Richter meinen, die Verfassungsbeschwerde habe keine hinreichende Aussicht auf Erfolg, weil ein Deutschland zurechenbarer Eingriff in Grundrechte Elke Kollers nicht vorliege und auch nicht hinreichend überzeugend dargelegt worden sei.

Die Stationierung der US-Atomwaffen sei Deutschland nicht zuzurechnen. Das könnte nach Auffassung der Kammer nur dann der Fall sein, wenn die Bundesregierung eine darin liegende Grundrechtsverletzung zumindest in Kauf nimmt. Die Richter täuschen und widersprechen sich, wenn sie darauf abstellen, dass die Verantwortung Deutschlands für die Einhaltung der Grundrechte auf deutschen Boden dort endet, wo *„ein Vorgang in seinem wesentlichen Verlauf von einer fremden Macht nach ihrem, von der Bundesrepublik unabhängigen Willen gestaltet wird"*. Selbst der zitierte Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sieht die Verantwortung des Stationierungsstaates für Menschenrechtsverletzung eines Drittstaates auf seinem Gebiet dann gegeben, wenn diese mit der stillschweigenden oder ausdrücklichen Billigung des

S. 11 →

In diesem Heft

Büchel vor Gericht und das Mutlanger Manifest bei der UNO – das sind die beiden Schwerpunkte in dieser Ausgabe. (Foto: wsh)

Der Atomwaffenverbotsvertrag hat noch keine Auswirkungen auf die Rechtsprechung. Das zeigt die Analyse des Verfassungsbeschlusses **Seite 1 und 11**

Eine Delegation der Friedenswerkstatt Mutlangen fuhr nach Genf zu den Verhandlungen über den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag. Sie stellte warb für die Einhaltung bestehender Abrüstungsverträge und den Beitritt zum Atomwaffenverbot. Erfahrungen und Analysen: **Im Blick, Seiten 3–10**

Motive des Kunstprojektes 50 Städte-50-Spuren – Eine Welt ohne Atomwaffen bildeten den gestalterischen Hintergrund der Schilder für die Aktion vor der UNO. Die Ausstellung ist zur Zeit im Rathaus Hannover zu sehen.

Weitere Termine:
www.50cities-50traces.org

Japanischer Chor zur Ausstellungseröffnung (Foto: Landeshauptstadt Hannover)

Pressehütte

Editorial

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,
der US-Präsident hat das Iran-Abkommen gekündigt. Das heizt die Konflikte und die Gewalt im Nahen Osten an. Der Hoffnungsschimmer für Verhandlungen mit Nordkorea wird getrübt, denn das Vertrauen in Verträge mit den USA wird dadurch gestört. Wir waren mit einer Delegation in Genf bei der UNO, um mit dem Mutlanger Manifest dafür zu werben, dass Abrüstungsverträge Sicherheit schaffen, dass der INF-Vertrag nicht gekündigt werden darf. Wir berichten darüber auf acht Seiten Im Blick. Wir wollen das Engagement der jungen Menschen weiter fördern, und dazu braucht es die Unterstützung der älteren. Gefragt sind Daueraufträge, um das Friedensarbeiter Projekt ausweiten zu können. Wichtig sind auch Einzelspenden. Unser nächstes Projekt ist das Internationale Workcamp Mutlangen – Büchel. Wenn das Workcamp anfängt, führen wir die Mitgliederversammlung der Friedens- und Begegnungsstätte durch. Eine Möglichkeit zum Austausch mit den jungen Menschen aus aller Welt, über die Notwendigkeit des Friedensengagement. Wir laden herzlich ein. Ich freue mich auf alte und neue Gesichter.

Mit herzlichen Grüßen

Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.

Forststr. 3
73557 Mutlangen

Tel/Fax:
07171 75661
e-Mail:
post@pressehuette.de
Internet:
www.pressehuette.de

18.05.2018

Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

unsere letzte Mitgliederversammlung der Friedens- und Begegnungsstätte liegt schon viel zu lange zurück – für die lange Pause möchten wir uns entschuldigen. Für die Zukunft geloben wir Besserung!

In diesem Sinne möchten wir Euch alle einladen zur Mitgliederversammlung 2018

am Sonntag, den 8. Juli 2018 von 15 bis 17 Uhr

im großen Büro in der Pressehütte. Die Obergeschosse haben wir ja vor gut 2 Jahren an das Landratsamt vermietet, das dort Flüchtlinge unterbrachte. Zunächst waren es drei junge afghanische Paare, inzwischen ist eines dieser Paare wieder nach Afghanistan zurückgekehrt, nachdem ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Das zweite Paar bekam im Juli 2017 eine kleine Yassna, und das dritte Paar erwartet im Mai ihr Kind. Ab 1. Mai 2018 hat die Gemeinde Mutlangen den Mietvertrag übernommen.

Für unsere Mitgliederversammlung wird das Erdgeschoss sicherlich reichen. Die Tagesordnung umfasst das volle Programm, also

- Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Versammlungsleitung
- Berichte von Vorstand und MitarbeiterInnen Wolfgang Schlupp-Hauck und Silvia Bopp
- Kassenbericht und Bericht der Kassenprüfer
- Entlastung des Vorstands
- Vorstandswahlen (alle sind bereit, sich erneut wählen zu lassen, Neue sind herzlichst willkommen!) und Bestimmung der Kassenprüfer
- Sonstiges

Im Anschluss an den offiziellen Teil wollen wir Euch alle zu einem Gartenfest in unserem großen Pressehüttengarten einladen. Ihr könnt den Teich bewundern, unsere neuen BewohnerInnen und die WorkcampteilnehmerInnen kennenlernen, in alten Erinnerungen schwelgen und möglichst auch Pläne für die Zukunft machen.

Wenn jeder und jede was mitbringt, haben wir auch sicherlich genug zum Essen und Trinken für alle.

Wir freuen uns auf ein hoffentlich zahlreiches Wiedersehen!

Herzliche Grüße

Volker Nick, 1. Vorsitzender — Christa Schmaus, 2. Vorsitzende

Im Blick // Nichtverbreitungsvertrag

Beilage FreiRaum Nr. 2 / Juni 2018 www.pressehuette.de

Unsere Auftaktaktion

Foto: Ralf Schlesener

Der Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) verpflichtet alle Vertragsstaaten zu Verhandlungen, die zur vollständigen nukleare Abrüstung führen. Der Vertrag wird jetzt 50 Jahre alt. Das Abrüstungsversprechen ist noch nicht eingelöst. Wir fordern seine Einhaltung und demonstrieren in Genf, vor der UNO, auf dem Place de Nation.

Für zwei Wochen vom 23.4. bis 4.5.2018 trafen sich die Diplomaten der Vertragsstaaten des NVV bei der UNO in Genf. Sie bereiteten mit dem Preparatory Committee (PrepCom) die Überprüfungskonferenz des NVV im Jahr 2020 vor. Die Friedenswerkstatt Mutlangen war mit einer neunköpfigen Delegation mit dabei. Sie nahm als Beobachter an der Konferenz teil. Die Delegation brachte das MutlangerManifest in das Konferenzgeschehen ein: mit einer öffentlichen Aktion auf dem Place de Nation vor der UNO, mit einer Rede vor den Diplomaten und mit einem Workshop im Begleitprogramm.

Der Vertrag

Der NVV auf Deutsch auch Atomwaffensperrvertrag und in Englisch Non Proliferation Treaty (NPT) wurde vor 50 Jahren zur Unterzeichnung aufgelegt. Er trat 1970 in Kraft.

Die wichtigsten Bestimmungen

Artikel I – Jeder Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben.

Artikel II – Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen von niemanden zu erwerben oder herzustellen.

Artikel IV – Jeder Staat hat das unveräußerliche Recht auf Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke.

Artikel VI – Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.

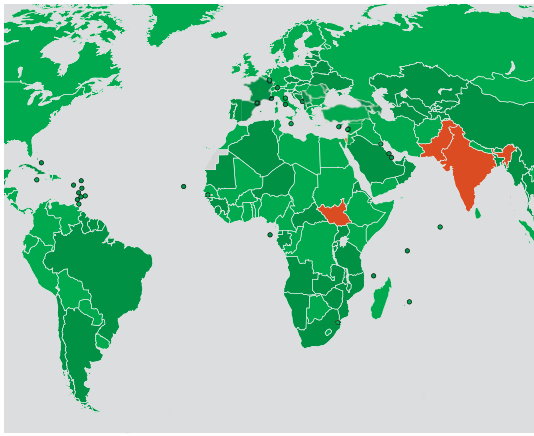
Der Überprüfungszyklus

Der NVV wird in einem Fünfjahreszyklus überprüft mit drei zweiwöchigen Vorbereitungskomitees und einer vierwöchigen Überprüfungskonferenz.

1. Jahr .....keine Aktivitäten
2. Jahr .....PrepCom in Wien
3. Jahr ..... PrepCom in Genf
4. Jahr ..... PrepCom in New York
5. Jahr: ....RevCon (Review Conference) in New York

Die Mitgliedsstaaten →

Der Atomwaffensperrvertrag wurde von den fünf Atommächten USA, Frankreich, VR China, Großbritannien und der Sowjetunion initiiert und fast allen Staaten unterzeichnet. Nur vier Staaten sind nicht Mitglied des Atomwaffensperrvertrags geworden: Indien, Israel, Pakistan und Südsudan. Nordkorea trat im Januar 2003 aus dem Vertrag aus.



aus Wikipedia: Atomwaffensperrvertrag

Pressehütte

Foto: Kathi Müller

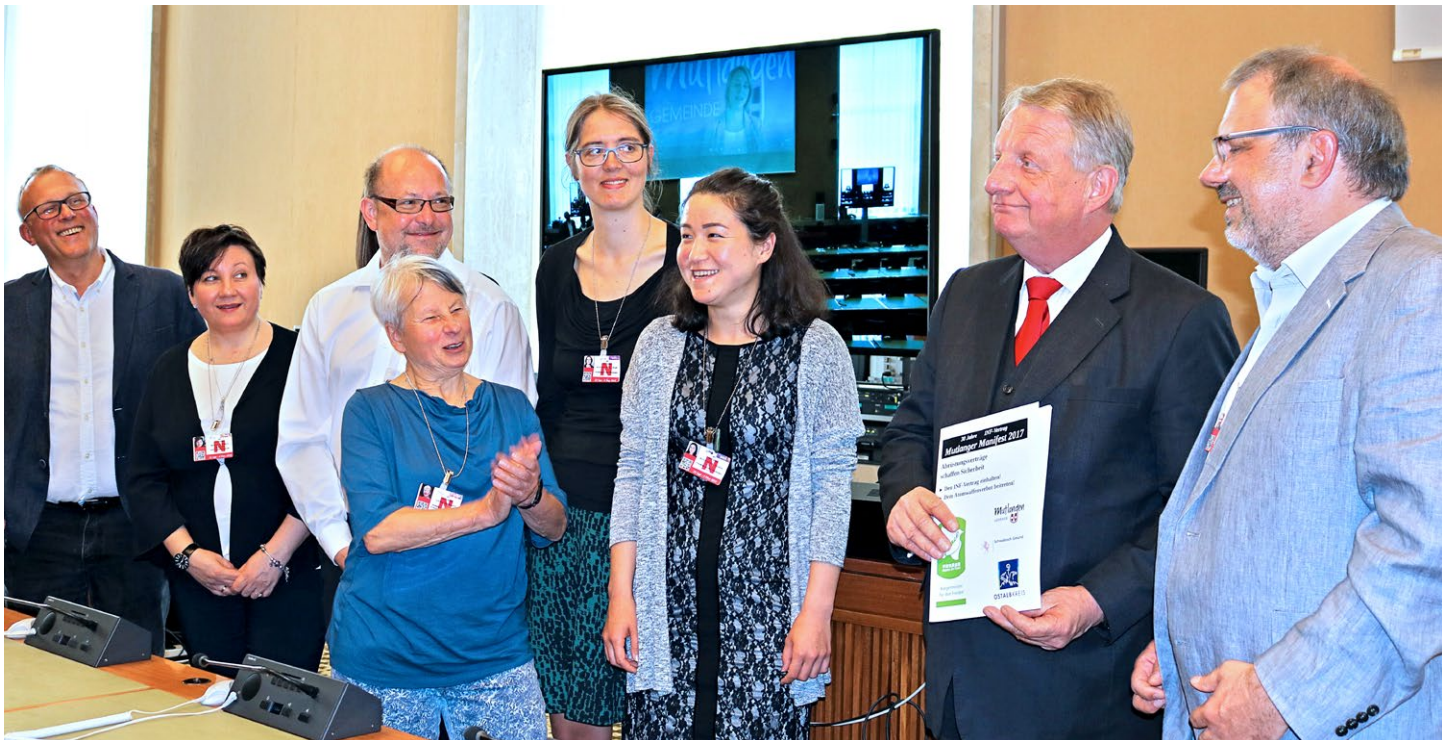
Zum ersten Mal dabei

Nach unserer Mahnwache betrete ich die „heiligen Hallen" der Vereinten Nationen. Ich werde die Verhandlungen beobachten, am Begleitprogramm teilnehmen und in Vertretung von Mutlangens Bürgermeisterin ihren Teil zur Präsentation des Mutlanger Manifests in der Plenarversammlung verlesen.

Gelandet bin ich hier eher zufällig – E-Mail-Verteiler sei Dank - als engagierte, politisch interessierte Bürgerin, aber Neuling unter den Anti-Atomwaffen-Aktivisten.
Jetzt stehe ich also im UN-Gebäude und allein das ist schon beeindruckend, ein imposanter Bau, aus den 20er Jahren, in dem große Weltpolitik gemacht wird. Von vielen Stellen kann man bei gutem Wetter den Mont Blanc sehen. Um mich herum Diplomaten und Diplomatinnen in Anzug oder Kostüm, die selbstsicher in Ihren Gesprächen und Statements mit Abkürzungen um sich werfen, die für mich willkürlichen Buchstabenkombinationen gleichen. Ich fühle mich fremd, unwissend, ein bisschen eingeschüchtert.
Doch mit jeder Debatte finde ich mich weiter rein, beginne nicht nur die Abkürzungen, sondern auch die Zwischentöne in den Statements der Staaten, die anfangs alle das gleiche zu sagen scheinen, zu verstehen. Wer sagt was und, vor allem, was nicht, und mit welchen Worten? Das Begleitprogramm, das meist aus Podiumsdiskussionen zu einzelnen Themen besteht, mal organisiert von einzelnen Botschaften, mal von Nichtregierungsorganisationen, gibt weiteren Einblick in einzelne Themen und die Aktivitäten der Zivilgesellschaft. Ob es nun um Divestment, humanitäre Folgen oder Gender-Fragen geht, die meisten Argumentationslinien sind mit gesundem Menschenverstand nachvollziehbar oder auch zu widerlegen.
Und mit jedem Gespräch, jeder Diskussion wird für mich klarer, was eigentlich vorher schon klar war:
Es gibt keinen legitimen Grund, keine Rechtfertigung für Atomwaffen in dieser Welt. Je mehr ich mich damit beschäftige, umso absurder erscheint es, dass es Staaten gibt, die daran festhalten, und Menschen, die diese Haltung verteidigen.
Und doch gibt es offenbar zu wenig Menschen, die die Risiken, die diese Monster in sich bergen, aktiv in ihr Bewusstsein zulassen und dagegen kämpfen... Seit Ende April gibt es eine Person mehr ;-) **Birgit**

Das Mutlanger Manifest

Geschrieben zum 30. Jahrestag der Unterzeichnung des INF-Vertrages, der atomare Mittelstreckenwaffen verbot, unterschrieben vom Landrat des Ostalbkreises, den Bürgermeistern von Mutlangen und Schwäbisch Gmünd, sowie weiteren Bürgermeistern, Kreisräten und Mitgliedern der Friedensbewegung aus dem Ostalbkreis. Es mahnt Abrüstungsverträge einzuhalten und wirbt für den Atomwaffenverbotsvertrag.
Am zweiten Tag der PrepCom lud die Friedenswerkstatt Mutlangen zu einem Workshop über die Lage des INF-Vertrag ein. Dabei sollte das Mutlanger Manifest den Botschaftern der USA, Russlands und Deutschlands übergeben werden. Der deutsche Abrüstungsbotschafter Michael Biontino nahm das Mutlanger Manifest entgegen. Leider war kein Vertreter der USA und Russland anwesend. Das Manifest wurde deshalb später deren Delegationen im Plenum übergeben.



Übergabe des Mutlanger Manifestes an den deutschen Abrüstungsbotschafter **Bild: Kathi Müller**

Unser Workshop

Die Veranstaltung wurde mit einer Videobotschaft der Bürgermeisterin von Mutlangen, Stephanie Eßwein eröffnet. Sie erinnerte an die gewaltfreien Proteste und erklärte, dass Mutlangen ein Symbol der Hoffnung sei, dass Abrüstung möglich sei. Sie betonte, dass die Menschen in Deutschland jetzt über die Zukunft des INF-Vertrags besorgt sind.

Wolfgang Schlupp-Hauck stellte das Manifest unter dem Motto "Abrüstungsverträge schaffen Sicherheit" vor und erklärte, dass es zwei Forderungen hat: den INF-Vertrag beizubehalten und den Atomwaffensperrvertrag (TPNW) zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Trotz der Tatsache, dass die Zahl der Atomwaffen in den letzten zehn Jahren zwar reduziert wurde, werden aber die Pläne zur technischen Aufrüstung weiter vorangetrieben. Verletzungen des INF-Vertrags oder gar sein Scheitern hätten weitreichende Folgen für die Sicherheit in Europa. Würde er aufgekündigt, drohe eine neue Aufrüstungsspirale.

Pavel Podvig vom Russian Nuclear Forces Project kommentierte den Inhalt des Manifests. Er erläuterte, dass der INF-Vertrag nur landgestützte Mittelstreckenwaffen verbiete, der russische Einsatz von Cruise Missiles in Syrien allerdings im Widerspruch zum Vertrag stehen könne. Es könne daher nicht nur sehr schwierig sei, den Konflikt zu lösen, sondern auch wegen der Art der Vorwürfe, Verhandlungen zu organisieren. Der Druck der Zivilgesellschaft könne aber zwei Seiten an den Verhandlungstisch bringen, und Europa könnte ein guter Anfang sein, um die Welt vollständig nuklearfrei zu machen.

Jackie Cabasso von der Western States Legal Foundation verwies auf den INF Treaty Act von 2017, der fordert, dass die US-Regierung "bestimmte Maßnahmen ergreift, um die Russische Föderation wieder in Übereinstimmung mit dem INF-Vertrag zu bringen". Dieser Antrag habe aber keine Unterstützung gefunden. Dennoch gelte es wachsam zu sein. Sie wird in ihrer Lobbyarbeit in den USA die Sorge um den Erhalt des INF-Vertrags einbeziehen. Wenig Hoffnung hat sie, dass die USA den Atomwaffenverbotsvertrag unterschreiben werden. Vielmehr würden die Atomwaffen technisch aufgerüstet.

Susi Snyder von PAX in den Niederlanden, begrüßte dass das Mutlanger Manifest einen Absatz enthält, dass die Unterzeichner Investitionen in die Atomwaffenindustrie vermeiden wollen. Sie stellte die neueste Ausgabe des Berichtes ‘Don’t bank on the bomb’ vor. Er beschreibt die globalen Investitionen in Atomwaffen und benennt Unternehmen und Banken.

Positiv sei, dass es weniger Unternehmen werden. Der öffentliche Druck wirke. Aber wegen der technischen Aufrüstungsprogramme flösse mehr Geld. Das Bewusstsein in der Öffentlichkeit welche Unternehmen in Atomwaffen produzieren und welche Finanzinstitutionen mit ihnen arbeiten müsse verbreitert und geschärft werden.

Eine Sache, die wir alle tun können, ist sicherzustellen, dass die von uns genutzten Banken in keiner Weise an der Finanzierung von Atomwaffen beteiligt sind. Die Liste der Banken und Pensionsfonds, die in Unternehmen investieren, die sich mit Produktion, Wartung und Modernisierung von Atomwaffen beschäftigen, finden Sie auf der Website www.dontbankonthebomb.com

„Neben den neuentdeckten Alternativen sollte auch an alte Erfolge gedacht werden. Das Beispiel Mutlangen als Symbol nuklearer Abrüstung und die Vorstellung des Mutlanger Manifests durch unsere Delegation wurden für mich eine wichtige Motivation für die Arbeit gegen Atomwaffen. Ich will nächstes Jahr in New York wieder dabei sein.“ Kathi

„Ich konnte nach über 20 Jahren Engagement das erste Mal an einer UNO-Delegation teilnehmen. Drei Tage voller vielfältiger Eindrücke und Impulse.Angesichts des aufkommenden Wettrüstens und gleichzeitig der Motivation durch den Vertrag zum Atomwaffenverbot ist jetzt die Zivilgesellschaft in hohem Maße gefragt. Zur Überwindung der atomaren Abschreckung braucht es eine große, weltweite Offensive für Friedensbildung.“ Roland

Beim Verlesen des Rede. Sie wird simultan in alle 7 UNO-Sprachen übersetzt

Bild: Arailym Kubajeva

Unsere Rede

»Mein Name ist Birgit Schaffitzel. Ich trage diese Rede im Namen von Stephanie Eßwein vor, die seit 2016 Bürgermeisterin von Mutlangen ist. Mutlangen war ein Stationierungsort der Pershing II. Heute ist Mutlangen Mitglied bei den „Bürgermeistern für den Frieden.«

»Mein Name ist Wolfgang Schlupp-Hauck, ich kam als junger Student 1983 nach Mutlangen für ein Friedenscamp. In der Kampagne "Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung" haben wir die Atomraketen blockiert. 3000 von uns wurden verhaftet und bestraft. 200 Menschen sind ins Gefängnis gegangen. Mit der Unterzeichnung des INF-Vertrags haben wir 1987 unsere Kampagne beendet.«

»Nach dem Inkrafttretens des INF-Vertrages konnten wir auf dem ehemaligen Atomwaffenstützpunkt Schulen und ein neues Wohngebiet errichten. Wo früher Soldaten übten Atomraketen abzuschießen, spielen heute Kinder. Im Bereich unserer Nachbarstadt Schwäbisch Gmünd wird erneuerbare Energie mit Sonnenkollektoren erzeugt. Mutlangen wurde auf diese Weise ein Zeichen der Hoffnung, dass Abrüstung möglich ist.«

»Der INF-Vertrag wurde vor dreißig Jahren von Ronald Reagan und Michail Gorbatschov unterzeichnet. Es war zum ersten Mal, dass eine ganze Klasse von Atomwaffen abgerüstet wurde, anstatt nur Grenzen festzulegen. Es war das erste Mal, dass vollständige Verifikationsmechanismen über die Zerstörung der Trägersysteme unter Einbeziehung von Vorort-Inspektionen geschaffen wurden.
So war der Vertrag ein zentrales Element zur Überwindung des Kalten Krieges.«

»Letztes Jahr konnten wir nicht nur den 30. Jahrestag des INF-Vertrags feiern, wir waren auch um seine Zukunft besorgt. Einerseits wurde die Zahl der Atomwaffen in den vergangenen Jahren reduziert, andererseits werden kontinuierlich Pläne zur technischen Aufrüstung der US-Atomwaffen vorangetrieben, auch für die in Deutschland gelagerten Atomwaffen der USA. Andere Atomwaffenstaaten rüsten ebenfalls technisch auf. Das heißt vertikale Proliferation.
Wir sind besorgt, dass die technischen Aufrüstungen von Atomwaffen eine nicht zu kontrollierende, weltweite Aufrüstungsspirale in Gang setzen – verbunden mit dem Gedanken der Führbarkeit eines Atomwaffeneinsatzes.«

»Wir sind besorgt, über den Fortbestand des INF-Vertrags, und der Wiederauflage der Nachrüstungsdebatte.«

»Wir sind besorgt, dass während einer Eskalation eines internationalen Konflikts die nukleare Schwelle von verantwortungslosen Präsidenten und ungestümen Militärs überschritten werden könnte.«

»Wir glauben, dass die Existenz und Einhaltung von Abrüstungsverträgen Sicherheit schafft. Vor 50 Jahren wurde der NVV zur Unterzeichnung aufgelegt. Der NVV hat dazu beigetragen, die Anzahl der Atomwaffenstaaten zu begrenzen. Aber er hat das nukleare Wettrüsten und den kalten Krieg nicht gestoppt.«

»Im Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags versprachen alle Unterzeichnerstaaten, Verhandlungen nach Treu und Glauben zu führen, um unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu erreichen. Der Internationale Gerichtshof hat diese Verpflichtung in seinem Gutachten von 1996 bestätigt.«

»Der INF-Vertrag hat gezeigt, dass echte Abrüstungsverträge möglich sind. Es wurden Verifizierungsmechanismen im vollständigen Atomteststopp-Vertrag CTBT weiterentwickelt und von vielen Ländern akzeptiert. Aber obwohl in jedem NVV-Überprüfungszyklus eine überwältigende Zahl von Staaten die Forderung, dass der CTBT in Kraft treten muss, gibt es einige Staaten, die ihre Abrüstungsaufgaben nicht erfüllen.«

»Die humanitären Folgen des Einsatzes von Atomwaffen sind so katastrophal, dass es keine Rechtfertigung für ihre Produktion, ihre Bereithaltung und ihren Einsatz gibt. Atomwaffen müssen wie andere Massenvernichtungswaffen geächtet und verboten werden.«

»Wir fordern die Vereinigten Staaten und Russland auf, ihren Streit über die Einhaltung des INF-Vertrags im Rahmen des Vertrags zu lösen, um diesen Eckpfeiler der europäischen Sicherheit zu erhalten. Gegenseitiger Informationsaustausch und Inspektionen sind ein Mittel zur Lösung der nächsten INF-Krise. Der INF-Vertrag sollte globalisiert werden, damit andere Staaten ihre INF-Systeme loswerden.«

»Wir rufen alle Staaten – als Deutsche insbesondere unsere Regierung - dazu auf, dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffen so bald wie möglich beizutreten.«

»Wir versprechen: Solange US-Atomwaffen in Büchel stationiert sind, fordern wir mindestens einmal jährlich deren Rückzug und den Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag durch Appelle und Aktionen.«

»Wir versprechen: Solange Atomwaffen einsatzbereit gehalten und technisch aufgerüstet werden, protestieren wir gegen diese Investitionen und werden soweit möglich vermeiden, dass wir daran beteiligt sind.«

»Abrüstung braucht das Engagement der Zivilgesellschaft. Wir versprechen unseren Teil zu tun, um für eine atomwaffenfreie Welt einzutreten. Wir fordern die Staaten auf, ihren Teil zu tun: halten Sie sich an die bestehenden Verträge, ratifizieren Sie den CTBT und schaffen Sie eine friedlichere atomwaffenfreie Welt.«

Divestment als Handlungsoption

Der Atomwaffenverbotsvertrag verstärkt in der Zivilgesellschaft die Diskussion um die Rechtmäßigkeit der Finanzierung von Atomwaffen und die Möglichkeiten, nicht in die Atomwaffenindustrie zu investieren. Gleich am ersten Tag der Vorbereitungskonferenz stellte die niederländische Organisation PAX zusammen mit den MitherausgeberInnen von ICAN den diesjährigen ‚Don't bank on the bomb'- Bericht vor.

Der wissenschaftliche Bericht ist für die Arbeit der Friedensbewegung ein wichtiges Druckmittel, denn er benennt Banken und andere Unternehmen, die direkt oder indirekt in die Entwicklung und Herstellung von Atomwaffen investieren. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass viele der Unternehmen, ihre Investitionen aufgrund des sozialen Drucks aus dem Geschäft mit den Atombomben zurückzogen.

Das Ziel besonders Unternehmen zu *„Divestments"* (Rücknahme von Investitionen) zu bewegen, ist ein erfolgversprechendes Mittel, um nicht nur auf politischer sondern auch auf wirtschaftlicher Ebene, Einfluss zu nehmen. Der Rückzug der Institutionen aus den unmoralischen Geschäften mit Atombomben bedeutet nämlich nicht nur den Entzug der finanziellen Grundlage für die Atomwaffenstaaten, sondern verstärkt zudem die Stigmatisierung der atomaren Massenvernichtungswaffe.

Susi Snyder (PAX) erklärte auf der Veranstaltung zum Bericht, dass die Zahl der Unternehmen, deren Geld in das Geschäft mit Atomwaffen fließt, in den letzten Jahren abgenommen hat. Die erfolgreiche Einflussnahme der Zivilgesellschaft auf die Wirtschaft sollte nicht unterschätzt werden, denn man müsse bedenken, wie sehr die Atomwaffenstaaten von Geldanlagen privater Unternehmen für die Produktion, Instandhaltung und technischen Aufrüstung von Atombomben abhängig sind.

Divestment bietet der Friedensbewegung Handlungsspielräume, wo diplomatische Gespräche zum Stillstand kommen.

Ein Vertreter von ICAN hat die Nobelpreis-Medaille mit in die UNO genommen. Die Auszeichnung erhielt die Kampagne für ihren erfolgreichen Einsatz für den Atomwaffenverbotsvertrag. Er verbietet, die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung, Drohung und Einsatz von Atomwaffen. An seiner Erarbeitung beteiligten sich die Atommächte und die NATO-Staaten nicht. Der ausgearbeitete Vertrag wurde am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen angenommen. Bis heute haben ihn 58 Staaten unterzeichnet. 10 Staaten haben den Vertrag ratifiziert. 90 Tage nach der 50. Ratifizierung wird der Vertrag in Kraft treten.
(Bild: Dominikus Vogl)

Mit Alyn Ware, dem neuseeländischen Friedensaktivisten und Träger des alternativen Nobelpreises, trafen wir uns zu einem Arbeitsessen. Der Koordinator des Parlamentarischen Netzwerks für Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung (PNND) kam auf uns zu, weil das Mutlanger Manifest in einer Reihe von Resolutionen steht, die sich mit dem Divestment aus der Atomwaffenindustrie beschäftigen. Er will deshalb die Zusammenarbeit stärken. Er berichtete uns von einer Reihe anderer Resolutionen und Entschlüsse.

Vereinte Nationen

- ➜ In der UN-Charta Artikel 26, ist die Verpflichtung verankert, möglichst wenig Mittel für Waffen auszugeben.
- ➜ Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Beziehung zwischen Abrüstung und Entwicklung (letzte Version 2017).

Staaten

- ➜ Norwegen: Der norwegische Pensionsfonds, einer der größten Staatsfonds der Welt. Auf Bedenken seines Ethikrates wurden Beteiligungen an Firmen aufgegeben, die an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind.
- ➜ Divestment- Entschließungen gibt es auch in Neuseeland, Lichtenstein und der Schweiz
- ➜ USA: Den Investitionen in die technische Aufrüstung der US-Atomwaffen setzen Senatoren Gesetzentwürfe entgegen: Smarter Approach to Nuclear Expenditure Act, 2017 und) den Nuclear Weapons Abolition and Economic Conversion Act, 2017
- ➜ Bangladesch: Das Parlament fasste einen Beschluss zur Reduzierung von Kernwaffenbudgets im Zusammenhang mit den Zielen der Vereinten Nationen zu nachhaltiger Entwicklung.

Kommunale Ebene

- ➜ USA: Resolution der Konferenz der amerikanischen Bürgermeister sowie der Städte: Cambridge in Massachusetts, Oakland in Kalifornien und Takoma Park in Maryland.

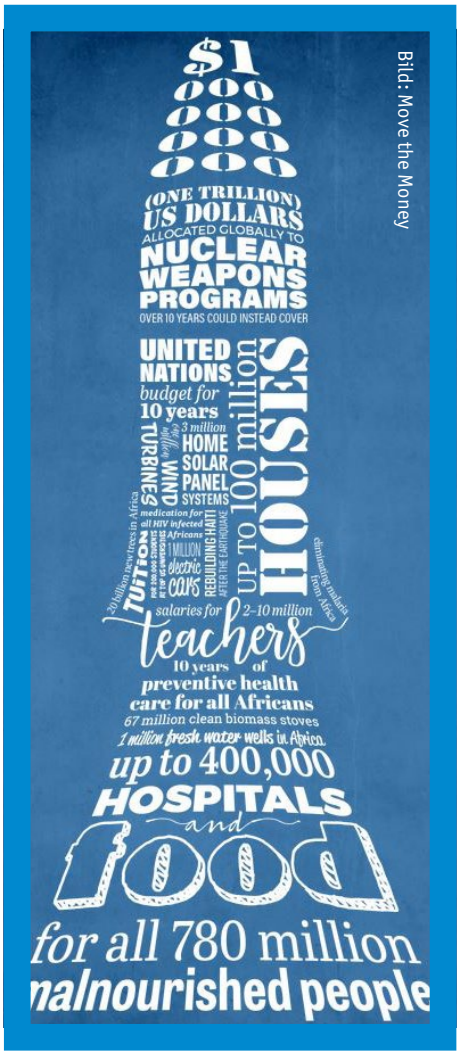


Bild: Move the Money

„Wie ist es möglich, den ‚Ignoranten' der atomaren Gefahr möglichst kreativ die existentielle Bedrohungssituation zu vermitteln, um sie zu einer anderen Politik zu bewegen? Die vielen Veranstaltungen und parallelen Foren der Nichtregierungsorganisationen blieben unverbunden, mündeten nicht offensichtlich in einer gemeinsamen Aussage, die für eine weitere gemeinsame Perspektive zielführend und nutzbar wäre. Da gibt es bestimmt noch Möglichkeiten!? (...)" Heidemarie

Der Atomwaffenverbotsvertrag

Der Atomwaffenverbotsvertrag TNPW (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons) spielte in den Diskursen im Gegensatz zur letztjährigen PrepCom eine beachtenswerte Rolle. Die Würdigung der beharrlichen Arbeit von ICAN, als auch die erfolgreichen Verhandlungen des Vertrages haben alten wie jungen AktivistInnen Schwung und Kraft gegeben. Vor allen in der ersten Woche war im Saal deutlich zu sehen, wie in Lobbyarbeit für den Atomwaffenverbotsvertrag geworben wurde. ICAN hatte im Vorfeld zu einer Campaigner-Schulung eingeladen. Und rund 100 junge Menschen aus aller Welt wurden in die Lobbyarbeit eingeführt. Rund 50 Studenten der Technischen Universität Darmstadt und der Universität Hamburg befragten die Diplomaten und führten dann im Rollenspiel eine Simulation von Verhandlungen durch.
In den Statements der Nationalstaaten wurde wiederholt auf die Bedeutung des Vertragswerkes hingewiesen. Dennoch erweckt der Verlauf der PrepCom den Eindruck, dass vor allem Atomwaffenstaaten, wie auch NATO-Staaten die humanitären Konsequenzen eines atomaren Konfliktes den nationalen Sicherheitsabsichten weit unterordnen. Zu weit. Auf einer Informationsveranstaltung hat daher die österreichische Delegation auf die humanitären Konsequenzen eines Atomkrieges aufmerksam gemacht. Ebenso sprach sich am vorletzten Tag die Vorsitzende von ICAN, Beatrice Fyhn, deutlich dafür aus, weiterhin zivilgesellschaftlichen Druck auf Nuklearwaffenstaaten oder NATO-Staaten der nuklearen Teilhabe auszuüben. Sie äußerte Zweifel, dass der NVV derzeit einen zielführenden und geordneten Weg zu einer nuklearwaffenfreien Welt ebnet. Die Verantwortlichen missachten weiterhin ihre Pflicht, Verhandlungen über die vollständige nukleare Abrüstung zu führen.

Naher Osten

Verhandlungen mit dem Ziel eines massenvernichtungswaffenfreien Nahen Ostens waren 1995 eine Bedingung für die unbefristete Verlängerung des NVV. Auf der Überprüfungskonferenz 2010 wurden endlich vorbereitende Beratungen festgelegt und ein Zeitrahmen vorgegeben. Doch die geforderten Verhandlungen kamen weiterhin nicht zu Stande. Jetzt ist das Thema hoch brisant.

Blick in den Versammlungsraum bei einer Plenarsitzung **Fotos: Kathi Müller**

Am 8.5.2018 hat der amerikanische Präsident Donald Trump den Austritt der USA aus dem Iranabkommen, dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) angekündigt. Dieser Schritt geschah nicht im Einverständnis mit europäischen Staaten. Auf der PrepCom wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass der Iran die vertraglichen Bedingungen des Iran-Abkommens erfülle. Die Verifikationsinstrumente der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) würden greifen und bestätigten Irans Vertragstreue.
Nach dem Austritt der USA sind nun die Europäische Union, Großbritannien, Frankreich und Deutschland gefordert, gemeinsam mit Russland und China, das Abkommen zu erhalten.
Israel wurde wiederholt von Staaten des Mittleren Ostens aufgefordert, dem NVV als Nicht-Nuklearwaffenstaat beizutreten und die nuklearen Aktivitäten des Landes der Aufsicht der IAEA zugänglich zu machen. Das Vertrauen in internationale Abkommen, wie dem Iran-Abkommen JCPOA (Joint Comprehensiv Plan of Action), wird derzeit durch nationale Alleingänge, die sorglos mit der politischen Stabilität umgehen untergraben. Selbst wenn Länder wie der Iran oder Saudi-Arabien nicht gegen die Bestimmungen des NVV verstoßen und das Recht beanspruchen, ein nationales Atomprogramm zu verfolgen und erklären Uran für zivile Zwecke anzureichern, so ist dies kein klares Zeichen für friedliche Absichten. Das sät Zweifel.
Die Widersprüche des NVV zwischen Nichtverbreitung und friedlicher Nutzung werden hier sichtbar. Die immerwährende Betonung der Vorteile der zivilen Nutzung beißt sich fortwährend mit dem Ziel einer nuklearwaffenfreien Zone im Mittleren Osten.
Dank des Engagements einzelner zivilgesellschaftlicher Akteure werden neue Wege eröffnet, die die politischen Parteien nicht gehen können oder nicht wollen.
Ein Arbeitspapier des Geneva Centers for Security Policy schlägt vor, eine vorbereitende Kommission zur Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone in einem neutralen Land, wie der Schweiz, einzurichten. Dabei sollen Wissenschaftler, ehemalige Diplomaten und unabhängige Experten Prozesse entwickeln, damit der Wille zum Erreichen der Zone durch beständige Dialoge und Austausch aufrecht erhalten wird.
Einen Schritt voraus ist eine Initiative, koordiniert von u.a. Sharon Dolev vom Israel Disarmament Movement (IDM) und dem British American Security Information Council (BASIC). Sie haben bei der PrepCom einen Vertragsentwurf für eine nuklearwaffenfreie Zone im Mittleren Osten vorgestellt. Dieser beruht auf Konsultationen mit unterschiedlichen Akteuren in Israel und der Region. Er wird nun staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Bürgerforen zur Diskussion vorgelegt. Der Entwurf beinhaltet die Schaffung einer übergeordneten Organisation und spricht sich gegen die Verbreitung der Atomenergie in der Region aus.

Diskurse der Diplomaten

Die diesjährige Konferenz hat gezeigt, dass diplomatische Debatten zwischen Atomwaffenstaaten zurzeit vor allem aus gegenseitigen Anschuldigungen bestehen und machen wenig Hoffnung auf Fortschritt.

Der US-Botschafter (im Bild) und der russichen Botschafter führten scharfe Wortwechsel mit Vorwürfen, Verurteilungen und versteckten Drohungen. Bild US-Gov

Schon am ersten Tag wurden im Plenum nicht nur wie üblich eine Reihe von Länderstatements vorgetragen. Russlands Botschafter beschwerte sich, dass das Thema Chemiewaffen und der Syrienkonflikt von einigen Staaten aufgegriffen wurde. In der PrepCom gehe es nur um Atomwaffen. Anschuldigungen des US-Botschafters sowie Rechtfertigungen des Botschafters von Syrien folgten und führten zu einer weiteren Runde von Erwiderungen.
Im Verlauf der PrepCom wurden auch immer wieder Vorwürfe geäußert, dass die jeweils andere Partei den INF verletze. Die USA werfen Russland vor, einen neuen bodengestützten Marschflugkörper entwickelt zu haben. Auf der anderen Seite wirft Russland den USA vor, dass die in Rumänien und Polen stationierten Raketenabwehrsysteme auch als Abschussvorrichtungen für nukleare Sprengköpfe dienen können.
Das Statement der deutschen Regierung betont die Bedeutung des INF-Vertrages und fordert Russland zur Vertragstreue auf ohne die Atomwaffenpolitik der USA zu hinterfragen.
Mit Blick auf die von US Präsident Trump angekündigte und – inzwischen vollzogene Kündigung des Iran-Abkommens wurde in verschiedenen Statements betont, dass die IAEO die Einhaltung des Vertrages durch den Iran bestätigt.

Kritik am Vorsitzenden

Die PrepCom wurde geleitet vom polnischen Diplomaten Adam Bagajski. Am Ende einer PrepCom wird der Verlauf der Diskussionen in einer Zusammenfassung vom Vorsitzenden reflektiert. Die diesjährige Zusammenfassung stieß auf zahlreichen Widerspruch. 40 Delegationen meldeten sich mit Einwänden zu Wort.
Zu Recht wird an diesen Schlussstatements kritisiert, dass der Vorsitzende der PrepCom, in seiner Zusammenfassung dem Verbotsvertrag zu wenig Beachtung schenkte. Der Verbotsvertrag solle keine untergeordnete Rolle spielen.
Auch die Kritik an der technischen Aufrüstung der Atomwaffen wird in der Zusammenfassung herunter gespielt. *„Der NVV wird von den Atomwaffenstaaten und ihren Partnern in Geiselhaft genommen“* ist das Fazit von *„Reaching Critcal Will“* in der Abschlussausgabe der Konferenzzeitung *„News in Review“*.

Unser Fazit

Dialoge frieren ein. Eine Erosion des Sicherheitsnetzes, das während dem Kalten Krieg aufgebaut wurde, ist zu beobachten. Damit erhöht sich auch das Risiko einer ungewollten Eskalation. Die aktuellen technischen und politischen Entwicklungen machen eine Überprüfung des INF-Vertrages und vertrauensbildende Maßnahmen notwendig ist. Es besteht Gesprächsbedarf.
Es ist notwendig, die Verträge des Kalten Krieges an die aktuelle weltpolitische Situation anzupassen.
Es war spannend in Genf dabei zu sein, ernüchternd, aber auch motivierend.
Das Engagement der Zivilgesellschaft ist notwendig, und wie das Zustandekommen des Atomwaffenverbotsvertrages zeigt, auch erfolgreich. Damit eine friedlichere atomwaffenfreie Welt aber Wirklichkeit wird, ist unser langfristiges und beständiges Engagement gefordert für Abrüstung und für gewaltfreie Konfliktbearbeitung.

„Die größte Herausforderung für ist für uns – das mangelnde Interesse der Jugend am Thema nuklearer Abrüstung. Wir als Millennials sind meistens an neuen Dingen und der Schnelligkeit der Veränderungen interessiert, sonst langweilen wir uns. Aber die schnellen Veränderungen sind im Bereich der weltweiten nuklearen Abrüstung nicht so sehr möglich. Ich will mich dafür einsetzen, das Engagement der Jugendlichen in diesem Bereich zu verbessern (...)“
Arailym

„Die UN ist ein starkes Gebäude, mir fehlt die Vision einer Weltgemeinschaft.“
Dominikus

Die Delegationsreise wurde durchgeführt durch die Friedenswerkstatt Mutlangen e. V. in Kooperation mit dem Internationalen Versöhnungsbund – Deutscher Zweig, unterstützt durch die Ökumenische Initiative Ohne Rüstung Leben und die Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF).

Die Teilnehmerinnen waren: Roland Blach, Jessica Britsch, Heidemarie Dann, Arailym Kubayeva, Kathrin Müller, Brigit Schafflitzel, Wolfgang Schlupp-Hauck, Dominikus Vogl. Von Ihnen stammen die Beiträge zu diesem Im Blick.

Wir freuen uns über Spenden zur Deckung der Kosten für diesen Im Blick und für die weitere Informationsarbeit.

Sich informieren

Im Internet

www.atomwaffena-z.info
Eine Informationsseite des Trägerkreises Atomwaffen Abschaffen – bei uns anfangen!

www.reachingcriticalwill.org
Die Informationsseite zu Abrüstungsverhandlungen. Ein Projekt von WILPF (Women's International League for Peace and Freedom). Dokumentiert die Reden, analysiert die Konferenzen mit NIR (News in Review), stellt die Verbindung zwischen Nichtregierungsorganisationen und der UNO her.

www.dontbankonthebomb.com
www.nuclearweaponsmoney.org
Seiten zum Thema Finanzierung der Atomwaffen: Wer investiert, wer vermeidet, wer verweigert Investitionen in die Atomwaffenindustrie.

www.nuclearfreeeducation.de
Das Bildungstool der Friedenswerkstatt Mutlangen und BanG gibt Informationen und Anregungen für die Bildungsarbeit zur nuklearen Abrüstung.

Materialien

Können in der Pressehütte bestellt werden: 07171 75 661 oder post@pressehuette.de

Hiroshima und Nagasaki mahnen
Broschüre: Ein Überlebender berichtet. Die Erzählung wird ergänzt durch aktuelle Informationen zu Atomwaffen, Abrüstung und Aktivitäten.
Ausstellung: 7 Roll ups, präsentieren den aktuellen Teil der Broschüre
Unser Mut wird langen
Video: Ein halbstündiger Film schlägt den Bogen von der erfolgreichen Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung" in Mutlangen zum aktuellen gewaltfreien Widerstand in Büchel

FreiRaum und Im Blick
Das Fachmagazin für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen, sowie die friedliche Nutzung des Weltraums wird in der Pressehütte herausgegeben. Erscheint viermal im Jahr und kann gedruckt oder als online abonniert werden.

Sich vernetzen und aktiv werden

Abolition 2000

Das Internationale Netzwerk ist entstanden aus der Vernetzung der um den NVV aktiven Gruppen und hat weltweit über 2000 Mitgliedsorganisationen und -gruppen. Der deutsche Zweig ist der Trägerkreis Atomwaffen Abschaffen, bei uns anfangen. Er kooperiert sehr eng mit dem Mayors for Peace sowie der internationalen Kampagne ICAN und koordiniert die deutsche Kampagne: **Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt**

Kontakt: Roland Blach, 0711-5189 2626 oder ba-wue@dfg-vk.de
www.atomwaffenfrei.de | www.buechel-atombombenfrei.de | www.mayorsforpeace.de

Referenten einladen

Wir wollen weitergeben, was wir gelernt haben. Wir kommen gerne in Eure Schule, Kirchen-Jugendgruppe. Wir berichten von unseren Erfahrungen und Erlebnissen, wir vermitteln Wissen und diskutieren mit Euch Handlungsoptionen.

Wir freuen uns auf Eure Einladung.
Schreibt an die Pressehütte oder ruft dort an: 07171 75 661
oder post@pressehuette.de

»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen Versöhnung (www.versoehnungsbund.de) und Spinnrad (www.versoehnungsbund.at) beigelegt.

Redaktion
Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

Spendenkonto
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASP-DE6AXXX
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!

→ Stationierungsstaates geschieht. Das ist vorliegend der Fall, wo die praktizierte Nukleare Teilhabe Deutschlands an der Atomwaffenstrategie der USA und der NATO von der Bundesregierung nicht nur stillschweigend sondern sogar ausdrücklich gebilligt und gewünscht wird - gegen die 2010 von der großen Mehrheit des Bundestages erklärte Aufforderung an die Bundesregierung, sich für den Abzug der Atomwaffen einzusetzen. Damit und mit ihrer Zustimmung zur technischen Aufrüstung der in Büchel stationierten atomaren A61-Fliegerbomben verstößt die Bundesregierung gegen das Völkerrecht und setzt sich über die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung hinweg.

Völkerrechtsbrüche müssen nicht hingenommen werden

Zwar trifft es zu, dass Deutschland durch diverse völkerrechtliche Vereinbarungen den USA die Nutzung von Liegenschaften, ihre Nukleare Teilhabe und damit die Stationierung der Atomwaffen in Büchel gestattet hat. Auch hat die BRD seit den 50/60-er Jahren der Beschränkung ihrer Kontrollrechte zugestimmt. Diese Einschränkungen haben jedoch nicht zur Folge, dass die deutschen Behörden Völkerrechtsbrüche hinnehmen müssen.

Dementsprechend wird in dem ablehnenden Beschluss auch erklärt, dass die deutschen Staatsorgane verpflichtet sind, das Völkerrecht durchzusetzen, wenn dritte Staaten es auf deutschen Boden verletzen. Deutsche Behörden und Gerichte dürfen Verstöße gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, zu dem auch das humanitäre Völkergewohnheitsrecht gehört, auch dann nicht hinnehmen oder daran mitwirken, wenn sie von Hoheitsträgern der USA begangen werden.

Nukleare Teilhabe verstösst gegen Völkerrecht

Die im Einsatzfall vorgesehene Weitergabe der US-Atomwaffen an Soldaten der Bundeswehr verstößt gegen den Nichtverbreitungsvertrages (NVV). Die USA darf die Verfügungsgewalt über Atomwaffen nicht an den Nichtatomwaffenstaat Deutschland abgeben(Art. 1). Deutschland darf diese nicht von den USA annehmen (Art.2). Die Richter wollen nicht anerkennen, dass bereits die Stationierung der Atomwaffen die völkerrechtlich verbotene Drohung mit dem Einsatz gegen einen potentiellen Angreifer darstellt. Warum liegen sie denn dort einsatzbereit? Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat unmissverständlich erklärt, dass der Einsatz dieser Waffen und dessen Androhung gegen das für alle Staaten der Welt verbindlich geltende humanitäre Völkergewohnheitsrecht verstößt.

Nicht nachvollziehbar ist die Feststellung der Richter, dass der IGH ein gewohnheitsrechtliches Verbot des Einsatzes von Atomwaffen und dessen Androhung in seinem Gutachten vom 8.7.1996 nicht erkennen konnte. Das Gegenteil ist der Fall! Der IGH hat in seinem Gutachten deutlich gemacht, dass selbst in extremen Notwehrsituationen ein etwaiger Atomwaffeneinsatz allenfalls dann völkerrechtsgemäß sein könnte, wenn dabei die Prinzipien und Regeln des humanitären Völkerrechts beachtet werden können. Der IGH hat erklärt, dass das Notwehrrecht nach Art. 51 UN-Charta durch das humanitäre Völkerrecht eingeschränkt ist, *„welche Mittel der Gewalt auch eingesetzt werden."*. Das sollte eindeutig sein!

Es gibt keine sauberen Atombomben

Die IGH-Richter haben nur im Hinblick auf die seinerzeit technisch nicht auszuschließenden angeblich *„sauberen"* kleinen taktischen Atomwaffen dargelegt, *„nicht genügend Grundlagen zu haben, die sie in die Lage versetzen, mit Sicherheit zu entscheiden, dass die Anwendung von Atomwaffen unter allen Umständen in Widerspruch steht zu den Prinzipien und Regeln des für den bewaffneten Konflikt verbindlichen Rechts."* Solche nicht radioaktiv strahlenden, Zivilisten und Kombattanten unterscheidende Atomwaffen, die zudem keine besonderen Qualen verursachen und neutrale Staaten nicht in Mitleidenschaft ziehen, gab es damals nicht und gibt es nach allen zur Verfügung stehenden Informationen auch heute nicht. Warum wird das Gutachten nicht vollständig und sorgfältig gelesen? An keiner Stelle in dem Gutachten *„erlaubt"* der IGH den Einsatz von Waffen, die mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbare Schäden verursachen.

Die Richter verneinen die Existenz eines völkergewohnheitsrechtlichen Verbots auch deshalb, weil das tatsächliche Verhalten der Atomwaffenstaaten entgegensteht. Dabei verkennen sie, dass sich das Verbot aus dem unangefochtenen humanitären Völkergewohnheitsrecht ergibt.

Unverständlich ist, dass die Richter die von den Atomwaffen für die Anwohner ausgehende Gefahr gleichsetzen mit der *„unüberschaubar großen Zahl von Anwohnern und Nutzern vieler im Bundesgebiet vorhandener gefährdeter sowie gefährlicher Einrichtungen."* Damit verharmlosen sie die akute Gefahr des gegen den Stationierungsort geführten Erstschlages sowie den nahezu sicheren Gegenschlag nach einem Einsatz.

Ein Klagerecht des Bürgers aufgrund allgemeiner völkerrechtlicher Normen wie dem Gewaltverbot lehnen die Richter ab. Das Grundgesetz habe keine Popularklage eröffnen wollen.

Nicht aufgeben!

Bernd Hahnfeld resümiert: Das GG wird damit sehr einseitig ausgelegt, denn Art. 25 GG erklärt, *„Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts... erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebiets."* Die Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde ist keine Sachentscheidung des BVerfGs über die maßgeblichen Rechtsfragen. Sie entfaltet keine Bindungswirkung für Behörden und Gerichte und hat keine *„Gesetzeskraft"*–Wirkung." **Das heißt: die juristische Auseinandersetzung muss weitergehen.**

Der Autor Bernd Hahnfeld ist Richter a.D.

Freikauf aus dem Gefängnis

In der vorigen FreiRaum-Ausgabe wurde über meine bevorstehende Inhaftierung unter der Überschrift "25 Tage ins Gefängnis" berichtet.

Nun bin ich bisher 60 Tage in verschiedenen Gefängnissen gewesen, aber in diesem Jahr werden keine 25 Tage hinzukommen. Zwar bin ich wegen der Entzäunungsaktion in Büchel, am Nagasaki-Gedenktag 2016, zu einer Geldstrafe von 25 Tagessätzen verurteilt worden. Und ich bezahle diese Strafe nicht, um auf diese Weise den Zivilen Ungehorsam aus Protest gegen die atomare Bedrohung fortzusetzen. Weil ich nicht gepfändet werden kann, wäre dies eine Ersatzfreiheitsstrafe von 25 Tagen. Aber: Einen ersten Teil der Strafe tilge ich durch unentgeltliches Arbeiten bei einer gemeinnützigen Organisation, den zweiten Teil der Strafe will ich demnächst demonstrativ im Knast „absitzen", und schließlich werde ich mich ebenso demonstrativ aus dem Gefängnis freikaufen lassen.
Ich habe dafür bisher von 252 Menschen und 3 Gruppen 2.376,87 Euro erhalten. Sie haben einen Offenen Brief an die Bundesregierung und andere unterzeichnet. Darin fordern sie u.a. den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffen-Verbotsvertrag und die Beendigung der Strafverfolgung von Menschen, die gewaltfreien Widerstand gegen Atomwaffen leisten. Den Brief werde ich zum Haftantritt abschicken. Der Überschuss aus der Freikauf-Geldsammlung wird der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) zugute kommen. Ich danke herzlich für die Unterstützung. **[Martin Otto]**

JunepA
Jugendnetzwerk für politische Aktionen

BERUFUNG VERWORFEN

Im September 2016 hatten eine neunköpfige Gruppe von JunepA die Start- und Landebahn des Atombombenstützpunktes Büchel mit Transparenten und Luftballons betreten und besetzt. Das Amtsgericht Cochem hat sie zu zu Geldstrafen von 30 Tagessätzen verurteilt. Das Landgericht Koblenz bestätigte jetzt am 12.4.18 die Verurteilungen. Doch die jungen Aktivisten lassen sich nicht entmutigen. *„Weder der parteiübergreifende Bundestagsbeschluss 2010 noch der im letzten Jahr von über 120 Staaten beschlossene Atomwaffenverbotsvertrag beeindruckten die Bundesregierung leider im Geringsten,"* erklärt Clara Tempel. *„Es ist erschreckend, wie skrupellos sie gegen das Völkerrecht verstößt. Gemeinsam werden wir daher neue Aktonen vorbereiten, neue Kraft schöpfen, neue Menschen mitnehmen auf die Militärgelände, in die Gerichtssäle und zu den Unrechtsorten dieser Welt,"* machte Tempel bereits im Verhandlungssaal deutlich. Ein Prozesstermin für die weiteren Angeklagten steht noch nicht fest.

Pressehütte

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber
Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnnement: Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V. ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bankverbindungen
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte – FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
DE90 6136 1975 0055 6280 10

für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
Tel. 0 71 71 - 18 20 58
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout
Michael Heidinger Grafikdesign
www.michael-heidinger.com

Druck
UWS-Druck und Papier GmbH
70184 Stuttgart,
Telefon (07 11) 46 30 05
mail@uws-druck.de

ISSN 2509-7199

Beilage: Campapeace
Unterstützen Sie die Kampagnenarbeit durch Weitergabe der Einladung an Interessierte. Ermöglichen Sie uns durch eine Spende Zuschüsse für junge Menschen.

www.pressehuette.de

Einladung

Bundeskonferenz der deutschen Mayors for Peace am 14. / 15. Juni 2018

Öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

„Zwischen Vision und Wirklichkeit: Neue Wege zu einer atomwaffenfreien Welt“
Donnerstag, 14. 06. 2018, Festsaal Rathaus Münster, 20–22 Uhr
Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster mit Sascha Hach, ICAN, Prof. Dr. Christian Hacke, Universität Bonn, Julia Weigelt, Journalistenbüro Sicherlich, Hamburg

Bundeskonferenz

Freitag, 15. 06. 2018, Historisches Rathaus Münster, 09:30–13 Uhr anschl. Besuch der Ausstellung *„Frieden – von der Antike bis heute“*
Anmeldung:
Friedensbuero@stadt-muenster.de

atomwaffenfrei. jetzt

Aufruf

Aktionswoche „Atomwaffenverbot durchsetzen“ zum Flaggentag der Mayors for Peace

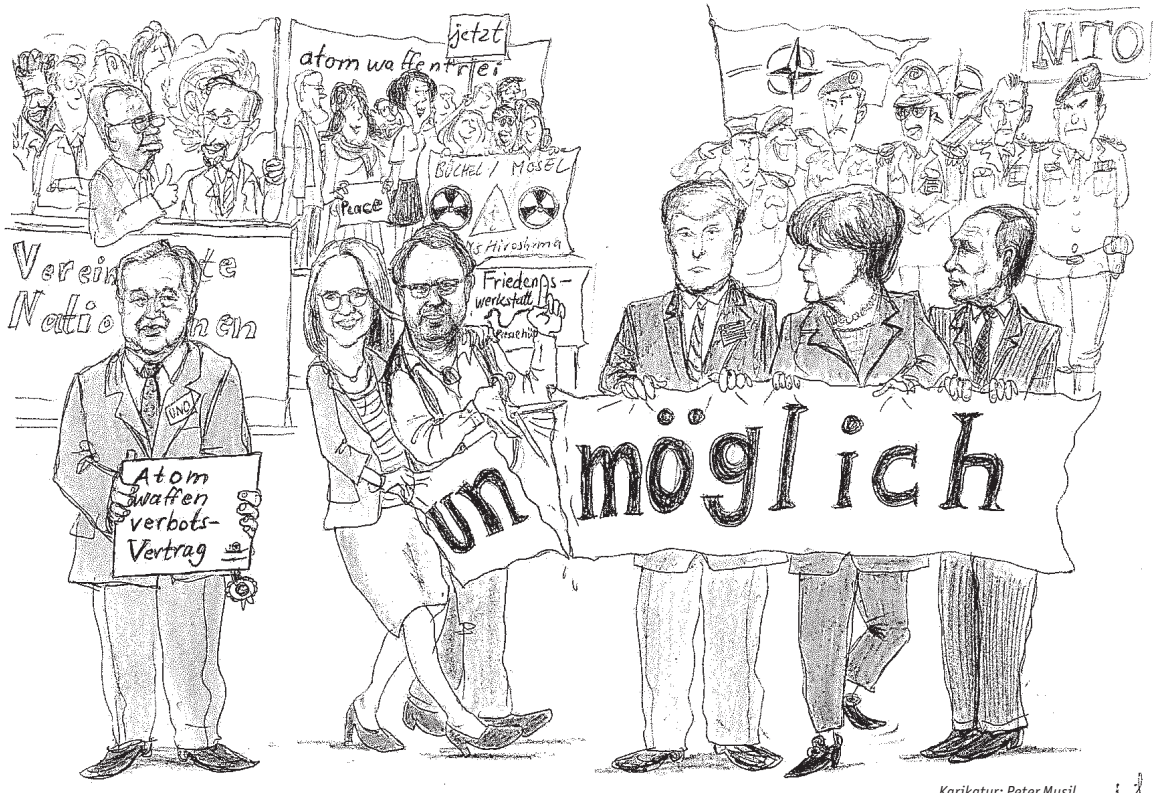
Zentrale direkte Aktionen

- am 7. Juli Aktionstag Atomwaffenstandort Büchel, getragen von verschiedenen Landeskirchen.
- am 10./11. Juli in Brüssel Protestaktionen angesichts des NATO-Gipfels

Dezentrale Aktionsmöglichkeiten

Nehmen Sie mit Ihrem Bürgermeister Kontakt auf. Und besprechen Sie Aktionen ergänzend zur Flaggenhissung:
- Radtouren als konzentrische Kreise um einen fiktiven Atomwaffenexplosionsort
- Peace Zeichen mit Blumen legen
- Doomsday Clock verstellen
- Fotoaktionen mit Stadtschildern
- Veranstaltungen an Schulen/Unis
- Infostände mit Unterschriftensammlungen

Mit Mut und Vielfalt für einen neuen Aufbruch gegen das Wettrüsten. Weitere Informationen:
www.atomwaffenfrei.de
www.mayorsforpeace.de



Karikatur: Peter Musil